

133. Beilage im Jahr 2024 zu den Sitzungsunterlagen
des XXXII. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 133/2025

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 23.09.2025

Betreff: Tschau mit Bürokratie am Bau - Ja zum leistbaren Bauen in Vorarlberg

Sehr geehrter Herr Präsident,

Wohnen zählt zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Kauf- und Mietpreise haben Höhen erreicht, die noch vor wenigen Jahren undenkbar waren. Für viele Menschen ist es zunehmend schwierig, geeigneten und leistbaren Wohnraum zu finden. Hier ist entschlossenes politisches Handeln gefragt, um dieser Entwicklung wirksam zu begegnen. Ein wesentlicher und zentraler Schritt für leistbaren Wohnraum ist die Entrümpelung der Baubürokratie, um so das Bauen und somit auch das Wohnen wieder leistbarer zu machen. Speziell im Baubereich haben wir eine hohe regulatorische Dichte und allzu oft sind es die Rahmenbedingungen, die ein einfacheres, schnelleres und kostengünstigeres Bauen erst verunmöglichen.

Vorarlberg hat hier Aufholbedarf, weil zum Beispiel die Schwächen in den Bauverfahren immer wieder deutlich zu Tage treten. So kritisiert der Landesvolksanwalt wiederkehrend lange Verfahrensdauern, mangelhafte Fristeneinhaltung und uneinheitliche Vollziehung in den Gemeinden.¹ Ein Übermaß an Vorschriften mache selbst „Kleinprojekte“ unnötig kompliziert und teuer. Uneinheitliche und oft unklare technische Normen und Standards² erschweren laut Wirtschaftskammer Betrieben die Planung und trieben die Kosten in die Höhe.³ Nicht zuletzt fordert regelmäßig die Industriellenvereinigung Vorarlberg⁴ eine Entschlackung der Bauordnung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren. Gemeinsam mit weiteren Wirtschaftsvertreter:innen betont sie, dass rasche und planbare Genehmigungen entscheidend für Investitionen und Arbeitsplätze seien.

Viele Vorschriften sind historisch gewachsen, heute aber Hemmnisse für leistbares und innovatives Bauen. Substanziell für eine Novellierung sind daher Sinnhaftigkeit, Praxistauglichkeit und Digitalisierung. Alles, was kostensteigernd oder blockierend wirkt und damit Bauen und Wohnen verteuert, gehört im Sinne der Vorarlberger:innen konsequent überarbeitet oder gestrichen. Im Wahlkampf haben fast alle darüber gesprochen, auch sonst wurde es immer wieder angekündigt. Zuletzt wurde etwa die Überarbeitung des Raumplanungsgesetzes angekündigt, das ebenfalls Teil des Ganzen ist. Für uns ist klar: Jetzt gilt es, das Thema gesamthaft

¹ https://vorarlberg.orf.at/stories/3251794/?utm_source=chatgpt.com

² https://www.wko.at/noe/gewerbe-handwerk/bau/handlungsbedarf-rechtssicherheit-im-bauwesen.pdf?utm_source=chatgpt.com

³ https://vorarlberg.iv.at/suche/?tx_kesearch_pi1%5Bsword%5D=Bauordnung

⁴ <https://vorarlberg.orf.at/stories/3288816/>

anzugehen und konkrete Schritte zu setzen. Es ist Zeit für umfassende Maßnahmen, damit Bauen – und damit auch Wohnen – nicht zum unerreichbaren Luxus wird.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

"Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht,

- 1. das Vorarlberger Baugesetz umfassend zu überprüfen und zu vereinfachen - insbesondere hinsichtlich Sinnhaftigkeit, Praxistauglichkeit, möglicher Kostentreiber sowie Digitalisierungspotenziale – und dem Landtag eine Novelle vorzulegen, die überholte, bürokratische und praxisfremde Bestimmungen streicht, welche Bauvorhaben unverhältnismäßig verzögern oder verteuern;***
- 2. die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Projekte, die vom bestehenden regulierten Rahmen im Bereich Bauen und Wohnen abweichen, einfacher umgesetzt werden können (im Sinne einer regulatory sandbox)."***

LAbg. KO Claudia Gamon MSc (WU)

LAbg. Fabienne Lackner